

# **Berichte aus Stadt und Kanton Zürich**



## **Zweite Hälfte Juni 2021**

16. Juni

Die Diskussion um den Paradigma Wechsel bei der Zuteilung von städtischen Alterswohnungen kommt nicht zur Ruhe. Die Warteliste betrug stolze 4000 Wartende, die jährlichen Wohnungswechsel belaufen sich auf ungefähr 200 Wohnungen. Rein rechnerisch wartete man also im Durchschnitt etwa 20 Jahre auf eine Wohnung. Neu soll eine neu zu besetzende Wohnung nach dem Zufallsprinzip vergeben werden. Per Los werden, bei den Stadtwohnungen sind es 30, Bewerber\*innen ausgesucht, die die Wohnung besichtigen dürfen und dann nach gewissen Kriterien ausgewählt werden. Jetzt wurde von einem Tag zum andern die Warteliste ausser Kraft gesetzt und die Wohnungen nur noch nach dem erwähnten Zufallsprinzip vergeben. Menschen, die schon Jahre lang auf der Warteliste

standen und jetzt plötzlich um ihren Vorteil gebracht wurden, betrachten das Vorgehen als skandalös. Dies ist nachvollziehbar. Allerdings muss auch bedacht werden, dass Menschen, die noch nicht auf der Warteliste stehen, 20 Jahre warten müssten, wenn zuerst die alte Liste abgearbeitet würde. Beide Lösungen sind wohl unbefriedigend, aber immerhin hat die Stadt ihren Zuteilungsmechanismus vereinheitlicht und städtische Wohnungen und städtische Alterswohnungen werden gleichbehandelt. Bei den Alterswohnungen gelten bei den subventionierten Wohnungen folgende Jahreshöchstehkommen: Bei Einpersonenhaushalten Fr. 49600.00 (also Fr. 4133.00 pro Monat) und bei den nicht subventionierten Wohnungen Fr. 58500.00 (also Fr. 4875.00 pro Monat). Bei Zweipersonenhaushalten sind diese Beträge entsprechend höher.

Im Rahmen einer Kundgebung zum Frauenstreiktag hat unser lieber SVP-Nationalrat Alfred Heer nichts Gescheiteres gewusst, als die Frauen zu beschimpfen bis die Berner Polizei eintraf und ihn anwies, seine Rufe zu unterlassen.

Dominik Waser heisst der 23-Jährige dritte Kandidat der Grünen Partei für einen Sitz im Stadtrat von Zürich. Er ist Klima-Aktivist und Mit-Initiant der Pestizidinitiative. Seine Nomination überrascht, wurde doch allgemein eine Kandidatin erwartet.

Und zum Schluss noch dies: Im Opernhaus stehen grosse Veränderungen an. Der Direktor des Balletts Zürich wechselt nach Berlin. Er gehört zu den Grössten seines Faches. Unvergessen ist seine choreografische Fassung von Helmut Lachenmanns «Mädchen mit den Schwefelhölzern», nach dem berühmten Märchen von Hans Christian Andersen. Ausserdem dirigierte der Generalmusikdirektor am letzten Samstag sein letztes Konzert und eine Findungskommission ist auf der Suche für einen Nachfolger\*in für den Intendanten des Hauses.

17. Juni

Der Gemeinderat hat eine vom Stadtrat vorgelegte Verordnung über die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung gutgeheissen, also ein neues Tarifmodell für die Horte beschlossen. Es soll viele Familien finanziell entlasten, wobei die Tarife einkommensabhängig sind.

Das Obergericht verschärft noch die Strafen des Bezirksgereichtes Dielsdorf an Brian auf 6 Jahre und 4 Monate, verzichtet aber auf eine Verwahrung.

Eine Interessengemeinschaft hat zwei städtische Volksinitiativen lanciert. Die erste will einen Park erstellen vom Strandbad Mythenquai bis zum General Guisan-Quai. Dazu müsste ein Strassenabschnitt dem Verkehr entzogen und renaturiert werden. Die zweite Initiative will den Bau eines Seerestaurants am Bükliplatz.

Tonhalle und Kongresshaus wurden während vier Jahren renoviert und wieder in die alte Pracht zurückversetzt. Das Tonhalle-Orchester kehrt an seinen alten Platz zurück. Das Kongresshaus-Restaurant verfügt neu über eine sagenhafte Terrasse mit ungestörtem Blick auf den See.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeinderat, die Volksinitiative der JUSO für einen Gratis-ÖV als ungültig zu erklären. Soweit lassen es diese nicht kommen, sondern haben ihre Initiative zurückgezogen, auch weil die SP im Rat eine Motion einreichen wird, die die Kosten für ein Jahresabo halbieren will. Zusätzlich fordert ein Postulat, für einkommensschwache Menschen die Fahrpreise zusätzlich zu verbilligen. Auch die Freisinnigen werden aktiv und fordern einen Rahmenkredit von 300 Millionen Franken zum Ausbau der Infrastruktur der VBZ.

18. Juni

Die Situation im Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler Areal ist heute ein grosses Thema. Die Situation ist alles andere als erfreulich. Es herrscht dort oft ein aggressives Klima, Asylsuchende aus verschiedenen Kulturkreisen prallen auf einander. Hauptgrund ist, dass es viel zu wenig Betreuungspersonal gibt. Dadurch werden die wenigen Betreuenden regelmässig überfordert und kündigen massenweise. Die Fluktuationsrate liegt bei 39%, wobei Jene, die nur über einen befristeten Vertrag verfügen und diesen nicht erneuern, nicht mitgezählt sind. Der Sprecher der Asylorganisation Zürich (AOZ) spricht von einem Betrieb, der gut eingespielt sei und effizient funktioniere. Eine Mitarbeitende korrigiert: «In der Arbeit mit traumatisierten Menschen braucht es in erster Linie einen menschlichen und keinen effizienten Betrieb.» Die Situation führt zu Suizidversuchen und Selbstverstümmelungen. Für den Sprecher des Staatssekretariates für Migration (SEM) sind dies lediglich Druckmittel. Die Leidensgeschichte wird weitergehen.

Der Neubau des Universitäts-Kinderspitals in der Lengg ist in Verzug. Er kann daher erst im Herbst 2024 statt, wie geplant, Ende 2022, bezogen werden und kostet statt den budgetierten 625 Millionen Franken zwischen 660 und 680 Millionen Franken.

19. Juni

Der Paukenschlag vom Tage: Mario Fehr, unser aller Regierungsrat, tritt aus der SP aus. Er will in Zukunft als Parteiloser weiter machen. Damit ist auch der Wahlkampf für die Regierungswahlen vom Jahre 2023 eröffnet. Naheliegender wäre ein Übertritt von Fehr zu den Grünliberalen. Diese kündigen für 2023 eine eigene Kandidatur an. Bei der EVP kann man sich vorstellen, Mario Fehr in ihrem Kreise willkommen zu heissen. Fehr erzählt ja öffentlich, dass in schwierigen Situationen das Gebet ihm die nötige Kraft verleihe. Hintergrund des Parteiaustrittes ist die Tatsache, dass die Gremien der SP offenbar entschieden haben, Mario Fehr bei den nächsten Wahlen nicht mehr zu portieren.

Aktivist\*innen versuchten am Vortage um 04.30 Uhr in die leerstehende, ehemalige Mühle des Klosters Töss einzudringen und diese zu besetzen. Die Besetzer\*innen lieferten der anrückenden Polizei einen Kampf mit Pyros und Böllern, verliessen aber schliesslich friedlich das Haus freiwillig. Sechs Frauen und acht Männer wurden vorläufig festgenommen. Fünf Personen wurden verletzt.

Die Fischerstube, das geschichtsträchtige Lokal am Züri-Horn, feiert Anfangs Juli nach zwei Jahren Bauzeit Eröffnung. Rund 530 Plätze stehen den Gästen im Innern des Restaurants und im Garten zur Verfügung. Der Ersatzneubau, der wegen eines Brandes nötig wurde, hat knapp 24 Millionen Franken gekostet.

21. Juni

Die Klimabewegung Extinction Rebellion hat dem Bundesrat einen Brief geschrieben mit der Forderung, sofort Klimaschutzmassnahmen zu ergreifen, ansonsten die Stadt Zürich lahmgelegt werde. Die Blockade soll so lange dauern, bis der Bundesrat handelt. Gescheite Juristen wollen in dieser Aktion eine Straftat sehen, sei es doch durch das Strafgesetzbuch untersagt, eine Behörde zu einer Amtshandlung zu nötigen.

Die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich hat Tipps für Lehrpersonen erarbeitet. Diese werden aufgefordert, den Schülerinnen und Schülern eine geschlechtergerechte Sprache im Unterricht nahe zu bringen. «Verwenden Sie bewusst nur die weibliche Form mit der Erklärung, das männliche Geschlecht sei mitgemeint.» Oder: «Verwenden Sie den Genderstern, wenn in einem Text alle Geschlechter angesprochen werden». Der freisinnige Vorsteher des Schuldepartementes zeigt sich irritiert. «Wir haben keine Kenntnis von dieser Broschüre». Die Leiterin der Fachstelle beruft sich auf den vom Stadtrat gutgeheissenen Gleichstellungsplan. Darin ist als Ziel festgehalten, dass die Stadt in der Schule «Kompetenzen zur Geschlechtergleichstellung» fördern solle.

22. Juni

Vor Jahresfrist hat sich der Kantonsrat nach zwanzig Jahren ein neues Entschädigungsreglement gegeben. Die Herrschaften verdienen neu pro Jahr rund 28000 Franken, plus Pauschalspesen von 8100.00. Die SVP war damit nicht einverstanden und ging bis vor Bundesgericht, das aber diese Bezüge absegnete. Die SVP verlangt nun, dass bei Erhöhungen der Bezüge des Rates ein Referendum, und damit eine Volksabstimmung möglich werde. Allerdings beträfe das geforderte Referendum eine Verordnung. Der Kanton Zürich kennt nur ein Gesetzesreferendum und kein Verordnungsreferendum. Ob diese Höhe der Entschädigung korrekt ist, darüber lässt sich trefflich streiten. Ein/e Kantonsrät\*in dürfte etwa 400 Arbeitsstunden pro Jahr für das Mandat aufwenden. Von Seiten der Ratsmehrheit wurde die SVP attackiert, diese bediene sich eines «Populismus aus der untersten Schublade», sie untergrabe die Rechtssicherheit und man verwahre sich gegen den «Abzocker»-Vorwurf.

«Stolpersteine» werden in den Boden eingelassen um Nazi-Opfern zu gedenken, und zwar direkt vor dem Haus, in dem sie zuletzt gelebt hatten. Europaweit gibt es heute rund 80'000 solch kleiner Denkmäler. Jetzt wurde auch ein Stein vor dem Hause Stapferstrasse 21 in Zürich verlegt. Er erinnert an eine 1913 in Zürich geborene Frau, die deutsche Staatsangehörige war und schon als Kind in psychiatrische Einrichtungen eingewiesen worden war. 1934 erreichten Stadt Zürich und die Krankenkasse, dass die junge Frau an eine deutsche Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz überwiesen wurde. Man war so einen teuren Pflegefall los. Am 17. Juni 1940 wurde sie von dort in die Tötungsanstalt gebracht und gleichentags vergast.

Der Zürcher Stadtrat fügt sich einer Entscheidung des Stadthalters und bewilligt für den 18. September einen Demonstrationzug, einen «Marsch fürs Läbe» der Abtreibungsgegner. Der Stadtrat wollte den Umzug nicht bewilligen, da mit erheblichen Gegendemonstrationen zu rechnen sei. In früheren Jahren wurden die Abtreibungsgegner auf ihrem Marsch durch die Stadt von Befürworter\*innen des Rechtes auf den eigenen Bauch angegriffen und am Weitermarsch gehindert.

Der Besitzer des Hotels «The Dolder Grand» in Zürich liefert sich mit den Steuerämtern und mit der Eidgenössischen Zollverwaltung seit Jahren epische Kämpfe. Meistens ging es Kunstwerke, die am Zoll vorbei geschmuggelt wurden. Die Behörden hatten eine grosse Anzahl dieser Bilder, die im Hotel Dolder aufgehängt waren, beschlagnahmt und schritten jetzt zur öffentlichen Versteigerung. Da hat der famose Herr nun reagiert und 6,1 Millionen Franken bezahlt, obschon diese Forderung seiner Ansicht nach nicht gerechtfertigt war. Gemäss Eidgenössischer Zollverwaltung sind immer noch Beträge in zweistelliger Millionen-Höhe geschuldet. Die Zoll- und Steuergesetzgebung ist in der Schweiz dermassen löchrig, dass Subjekte, wie das angesprochene, immer wieder Schlupflöcher und Verzögerungsmöglichkeiten finden. Da gibt es wohl nur Eines: Enteignen und Zwangsarbeit.

Das Limmattalspital, das vor einigen Jahren an der Urne vor der Privatisierung bewahrt werden konnte, findet neue Wege für einen Ausverkauf des öffentlichen Spitals an Private. So lagert man die Urologie an eine private Firma aus, die auch gerade noch die Urologie-Kaderärzte des Spitals mit übernimmt. Diese Firma, mit Namen Urovia, ist eine deutsche Beteiligungsgesellschaft. Ziel der Investoren ist es, die Firma profitabler zu machen und damit ihren Anteil zu steigern und diesen schliesslich gewinnbringend wieder abzustossen. Präsident des Spitalverwaltungsrates ist ein SP-Mann. In der Bevölkerung regt sich Widerstand.

Neues zu den Mieterschutzurteilen des Bundesgerichtes. Da mietet eine Frau in Zürich eine 2-Zimmer-Wohnung für 1225 Franken pro Monat. Dann erfährt sie, dass die Vormieterin 903 Franken bezahlen musste. Mietgericht und Obergericht des Kantons Zürich erachten die neue Miete als missbräuchlich. Nicht so das Bundesgericht. Der Vermieter konnte die Richter überzeugen, dass der höhere Mietzins «quartierüblich» sei und damit nicht missbräuchlich.

Hier ein Beispiel dafür, dass selbst die SP mit Mario Fehr nicht mehr im gleichen Bette liegen kann. Das Online Medium «Republik» wollte vom kantonalen Sozialamt Einsicht in diverse Dokumente, die die Beziehungen zwischen dem Kanton und der Asylorganisation (AOZ) betreffen. Hauptsächlich die Leistungsverträge der Durchgangszentren und der Rückkehrer Zentren und die Rahmenverträge für die zu erbringenden Dienstleistungen wollte man einsehen. Konkret geht es um das Pflichtenheft der Asylfirmen, die Betreuungs- Gesundheits- und Kriseninterventionskonzepte, die als Anhänge des Vertrages als «integrierende Bestandteile» gelten. Das Sozialamt lehnte ab. Die Republik ergriff den Rechtsweg bis vor Bundesgericht, das ihr völlig Recht gab und die Einsicht anordnete. Mario Fehr persönlich gab der Amtsleiterin die Erlaubnis, bis vor Bundesgericht zu prozessieren. Und jetzt zögert das Sozialamt während langer Zeit die Offenlegung der Dokumente, die doch vom Bundesgericht angeordnet worden war, heraus. Schliesslich gibt das Amt Kopien ab, die bei den entscheidenden Stellen geschwärzt worden waren. Wiederum wendet sich die Republik an Mario Fehr und an das Amt mit dem Anliegen, die Unterlagen sofort herauszugeben. Wieder wird die Republik getröstet. Mario Fehrs Amt antwortet dürr: «Ihr Anliegen wird geprüft.»

24. Juni

Gegenüber dem heutigen Hallenbad an der Wallisellenstrasse in Oerlikon ist eine sehr grosse Sportstätte geplant, auch wieder ein Hallenbad, mit einer Wasserfläche von 3000 Quadratmetern fast doppelt so gross wie bisher. Darüber soll ein Fussballfeld entstehen und schliesslich auch noch eine ganzjährig betriebene Eisbahn fürs Schlittschuhlaufen und Eishockey. Auf dem Dach und neben dem Gebäude sind Fotovoltaik-Panels geplant. Die Anlage wird doppelt so viel Energie erzeugen wie der ganze Sportkomplex benötigt. Das Prestigeprojekt kostet die Kleinigkeit von 210 Millionen Franken, die 2025 in einer Volksabstimmung bewilligt werden sollen.

Die Stadt und der Kanton streiten sich immer noch über die Rechnung der Stadt Zürich im Jahre 2019. Die Stadt hat dort einen Abschreiber von 175 Millionen Franken für das Stadtspital Triemli vorgenommen, um dem Spital moderatere Amortisationen zu ermöglichen. Der Kanton als Oberherr über die Gemeinderechnungen ist mit diesem Abschreiber nicht einverstanden. Der Fall liegt vor dem Verwaltungsgericht. Akzeptiert das Gericht die Version der Stadt, so weist diese für das Jahr 2020 trotz Ausgaben von über 170 Millionen Franken für Corona einen Überschuss von 54 Millionen aus. Verliert die Stadt, so muss die Rechnung 2020 nachträglich noch entsprechend geändert werden.

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) deckt den öffentlichen Verkehr von Schaffhausen über Aarau nach Einsiedeln, Linthal und Wil SG ab, und zwar auch in den Städten Zürich und Winterthur. Im Corona-Jahr 2020 waren über 30% weniger Fahrgäste mit Bahn, Tram und Bus unterwegs. Es waren noch 466 Millionen Fahrgäste, 208 Millionen weniger als im Vorjahr. Daraus resultierte eine Unterdeckung von 447 Millionen Franken. Betrug der Kostendeckungsgrad im Jahre 2019 rekordhohe 69 Prozent, so sank dieser im Jahre 2020 auf noch 62 Prozent. Das Defizit teilen sich je hälftig der Kanton und die beteiligten Gemeinden.

25. Juni

Der «historische Parkplatzkompromiss» zwischen den Bürgerlichen und Links-Grün, der seit 1996 steht und vorsieht, dass für jeden Parkplatz, der überirdisch wegkommt, ein solcher unterirdisch zu bauen ist, ist Geschichte. Er wird jetzt von der Links-Grünen Mehrheit im Stadtparlament entsorgt, da heute das Ziel heisst, weniger Parkplätze! So sollen denn in der Blauen Zone Parkplätze abgebaut werden, wenn solche bei einem Neubau als Pflichtparkplätze von Privaten gebaut werden. Geplant werden auch neu sogenannte «Velo-Highways», auf denen Velofahrer\*innen Vortritt haben werden. Tempo 30-Zonen, die heute auf vielen Nebenstrassen realisiert sind, sollen in Zukunft auch auf

Hauptstrassen entstehen. Bei der E-Mobilität sind die Grünen und die SP entzweit. Wollen die ersten diese überhaupt nicht fördern, sind die zweiten doch für mehr Ladestationen usw.

Das Ausländer\*innenstimmrecht, das die Stadt Zürich einführen möchte, wird vom Regierungsrat bekämpft. Es dürfte deshalb, einmal mehr, gestorben sein.

Ob die Critical Mass, diese Velofahrt von Tausenden, eine Demonstration ist oder nicht, darüber lässt sich trefflich streiten. Die Bürgerlichen sagen natürlich ja und leiten daraus eine Bewilligungspflicht ab, die Velofahrer\*inne sagen natürlich nein und weisen auf den täglichen, bewilligungsfreien Stau durch Auto hin. Mal sehen, wies weiter geht...!

26. Juni

Die angekündigte Critical Mass hat stattgefunden. Tausende Velofahrer\*innen waren wieder unterwegs, die befürchteten Staus traten ein. Ab 18.00 Uhr gehörten viele Strassen den Velofahrenden und dies bis gegen Mitternacht. Bis zum nächsten Mal!

28. Juni

Die rund 5000 Velofahrenden, die am letzten Freitag im Rahmen der Critical Mass-Bewegung durch Zürich geradelt sind, haben in gewissen Strassen den Verkehr blockiert. Automobilist\*innen wurden per Flugblätter über den Sinn der Aktion informiert, Trampilot\*innen erhielten ein Schoggistängeli zur Verarbeitung ihres Frustes. Natürlich sprechen bürgerliche Politiker\*innen von der Bewilligungspflicht bei Demonstrationen als ob eine bewilligte Kundgebung weniger Strassen verstopfen würden. Jetzt haben die Organisator\*innen der Critical Mass eine zündende Idee: Man soll doch jeweils an jedem Freitagabend die Autos verbieten...

«Zürich schaut hin» heisst eine Website, die die Amtsstelle für Quartiersicherheit der Stadt Zürich aufgeschaltet hat. Man soll dort Übergriffe auf Homo- und Transsexuelle sowie auf junge Frauen melden. Dies kann natürlich anonym geschehen. Historiker\*innen fühlen sich an die Zeit von Ulrich Zwingli erinnert, wo es Briefkästen für anonyme Denunziationen gab. Zürich sollte dadurch sittlicher werden. Ob dies wohl erreicht wurde?

29. Juni

Das Projekt des Sozialamtes der Stadt Zürich, das vorsieht, über Hilfswerke und die SPAZ auch notleidende Sans Papiers mit Geldbeträgen zu unterstützen, stösst bei den Freisinnigen auf Widerstand. So macht sich ein freisinniger Gemeinderat Sorgen darüber, dass das neue Angebot eine Sogwirkung entfalten könnte und Menschen aus der ganzen Schweiz nach Zürich locken könnte. Auch möchte er eine genaue Kontrolle über die verteilten Gelder, natürlich mit Namensangabe der Empfänger\*innen, bei Sans Papiers ein Unding.

Die Leiterin der Fachstelle für Frauenhandel und Frauenemigration (FIZ) beobachtet eine Zunahme der Fälle. Dies besonders auch während des Krisenjahres. Es sind nicht nur die kriminellen Clans, die vom Frauenhandel profitieren, sondern auch die Vermieter von Wohnraum, die von Frauen für winzige Zimmer viel Geld verlangen, aber auch die Clubbesitzer, die ihnen eine Teil ihres Verdienstes abnehmen. Die Fachfrau gibt auch folgende Aussage zu Protokoll: «Wenn man den Menschenhandel bekämpfen will, muss man die Armut bekämpfen – nicht die Prostitution.»

Eine parlamentarische Initiative hat erreicht, dass der Kantonsrat mit 126 zu 46 Stimmen den Klimaschutz zu einem Verfassungsauftrag gemacht hat. Eine Ausrufung des Klimanotstandes, wie dies die Klimajugend gefordert hat, wurde vom Rat nicht unterstützt. Diese Verfassungsänderung muss noch dem Stimmvolke vorgelegt werden.

In der kantonalen Bauverordnung stand bisher, dass Hochhäuser von mehr als 25 Metern Höhe ein anderes Haus an den Stichtagen 3. November und 8. Februar nicht länger als 2 Stunden beschatten darf. Die Bau Lobby will nun, unter dem Vorwand der Verdichtung, diese Regel ändern und auf 3 Stunden Beschattung gehen. Auch bei der SP fand dieses Anliegen Anklang. Grüne und Linke wehrten sich dagegen vergeblich. Die Aussage: «Verdichtung muss sozial und städtebaulich verträglich sein» blieb folgenlos im Raum stehen. Die Vorlage wurde mit 142 zu 27 Stimmen angenommen.

30. Juni

Jahrelang hat es die Stadt Zürich verschlafen, genügend Schulraum für die wachsende Bevölkerung zu realisieren. Vielmehr hat sie sich mit dem Aufstellen von Schulcontainern zufrieden gestellt. Jetzt scheint doch etwas in Gange gekommen zu sein. Auf bestehenden Schularealen sind 8 Erweiterungsbauten im Bau oder geplant. Dazu kommen 5 Ersatzneubauten, 7 Neubauten und 5 Einbauten. Das Programm läuft bis 2030 und dürfte in etwa 2 Milliarden Franken kosten. Die Schüler\*innenzahl hat in den vergangenen 8 Jahren um 7500 Schüler\*innen auf 34400 zugenommen und soll bis 2029 noch einmal um 15.5% wachsen.

Das Kunsthaus Zürich ist eine Gründung von Kunstfreund\*innen im Jahre 1787, aber erst mit der Erstellung des «Moser-Baues» im Jahre 1925 beginnt die moderne Geschichte dieser Kunstinstitution. 1958 wird der von den Architekten Pfister geplante und vom Industriellen Emil G. Bührle finanzierte Anbau realisiert. 1976 wird der Erweiterungsbau des Architekten Erwin Müller eröffnet, der sich hinter dem Moser-Bau befindet. Und jetzt erfolgt im Oktober dieses Jahres die Eröffnung des Neubaus von Chipperfield, eines britischen Architekten, jenseits der Heimstrasse. Dieser Neubau kostet die Kleinigkeit von 206 Millionen Franken. Die Stadt Zürich beteiligte sich mit 88 Millionen, der Kanton steuerte 30 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds bei und Private Spender\*innen stemmten die restlichen 88 Millionen Franken, wobei diesmal kein Krösus dabei war, der gleich den ganzen Betrag einschoss. Eine Etage des Neubaus ist für die berühmt-berüchtigte Sammlung Bührle reserviert, die mit dem Kunsthaus einen Leihvertrag für 20 Jahre abschloss. Zu dieser Sammlung gehören Werke von Degas, Renoir, Monet, Pissarro, Sisley, Gauguin, Van Gogh und Cézanne, sowie Picasso. Zur Person von Emil Bührle: Er beteiligte sich als Freiwilliger nach dem ersten Weltkrieg an der Niederschlagung von Arbeiter\*innenaufständen in Deutschland. Er kam als Produzent von Waffen und deren Verkauf an Nazi-Deutschland zu Reichtum und vermehrte diesen nach dem 2. Weltkrieg durch Waffenverkäufen an die halbe Welt, auch an Länder, für die der Bundesrat ein Ausfuhrverbot verhängt hatte. Er wurde nie verurteilt, sein Sohn Dieter aber wohl, lieferte er doch Waffen nach Biafra, dem Bürgerkriegsteil von Nigeria. In der feinen Gesellschaft von Zürich war Bührle nach dem Krieg kein gern gesehener Gast. Dies änderte sich, als er 1958 den neuen Trakt des Kunsthauses finanzierte. Einen schönen Teil seines Reichtums legte er in Bildern an, zum Teil auch in Raubkunst, die jüdischen Verfolgten während der Nazi-Zeit geraubt worden war. Gemäss einem Bundesgerichtsurteil musste Bührle eine ganze Reihe von Bildern den jüdischen Erben zurückgeben. Es bleiben Zweifel, ob unter den heute noch bestehenden Bildern sich nicht noch weitere Raubkunst befindet, wahrscheinlich nicht unter den dem Kunsthaus leihweise zur Verfügung gestellten 193 Gemälden, sondern unter den bei der Familie verbleibenden 403 Bildern. Man schätzt den Wert der ausgeliehenen Bilder auf rund zwei Milliarden Franken. Mehr als unschön ist auch die Tatsache, dass der Vertrag zwischen der Bührle-Stiftung und dem Kunsthaus nicht ganz öffentlich gemacht worden ist. Trotzdem empfiehlt sich ein Gang ins neue Kunsthaus sehr, nur schon um den monumentalen Bau von Innen zu erleben.